

Rede: Beschäftigte am Aufschwung beteiligen - Staatlich begünstigtes Lohndumping aufgeben

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Beate Müller-Gemmeke vom Bündnis 90/Die Grünen.

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Antrag der Linken behandelt viele richtige und wichtige Themen, die wir hier im Bundestag bereits häufig debattiert haben. Es ist bekannt, dass wir viele der genannten Forderungen unterstützen und dazu schon zahlreiche Anträge gestellt haben.

Insgesamt sieht dieser Antrag aber schon ein bisschen nach Wahlkampfhilfe für die Linke in Baden-Württemberg aus.

(Zurufe von der FDP: Nicht doch!)

Mir soll es aber recht sein. Ich rede gerne zu diesen Themen; denn sie sind mir ein Anliegen. Wichtig sind mir diese Themen auch - Herr Kolb, Sie sprechen es immer wieder an -, weil wir Grünen sehr wohl wissen, dass die Politik unter Rot-Grün zu Fehlentwicklungen beigetragen hat, die korrigiert werden müssen. Entscheidend ist, dass wir die Augen nicht verschließen. Schon lange wollen und fordern wir an verschiedenen Stellen Korrekturen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitswelt wird zunehmend atypisch: Prekäre Beschäftigung nimmt zu. Viele Menschen erleben tagtäglich eine Arbeitswelt, die aufreibender und unsicherer wird, und viel zu viele Menschen arbeiten und können dennoch nicht von ihren Löhnen leben. Die Koalition ignoriert diese Realität.

Ich habe ebenfalls das Zitat von Minister Brüderle gelesen: „Wenn die Wirtschaft boomt, sind auch kräftige Lohnerhöhungen möglich.“ Als ich das las, dachte ich - es kommt selten vor -: Recht hat er. Wenn sich die Bundesregierung für Lohnerhöhungen, ausgehandelt durch die Tarifparteien, ausspricht, muss sie aber auch selber ihre Möglichkeit nutzen und Verantwortung übernehmen. Konkret bedeutet das, dass sie für entsprechende politische Rahmenbedingungen sorgen muss, damit prekär Beschäftigte, die eben nicht von tariflichen Lohnerhöhungen profitieren, endlich Löhne erhalten, von denen sie auch leben können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung und insbesondere die FDP stehen aber bei allen notwendigen Maßnahmen auf der Bremse. Das geht zulasten der Beschäftigten und der Ärmsten in unserer Gesellschaft.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Nehmen Sie das zurück, Frau Kollegin! - Gegenruf des Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Da hat die Kollegin völlig recht!)

Wir unterstützen zwar nicht alle, aber etliche Forderungen in diesem Antrag, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE))

Wir brauchen eine Regulierung in der Leiharbeit, Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz, Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften. Wir brauchen insbesondere - das steht nicht im Antrag der Linken - eine Reform bei den Minijobs. Davon würden vor allem Frauen

profitieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN - Max Straubinger (CDU/CSU):
Wollen Sie sie abschaffen, Frau Müller-Gemmeke?)

Wir fordern auch eine Grundsicherung, die gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört auch unser Antrag, in dem wir ein Sanktionsmoratorium fordern. Der zentrale und wichtigste Punkt ist aber ein gesetzlicher Mindestlohn. Ich wünsche mir noch immer, dass wir, die Opposition, dabei an einem Strang ziehen. Das entscheidende Thema ist momentan nicht die Höhe des Mindestlohns; entscheidend ist, dass überhaupt ein Mindestlohn eingeführt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Josip Juratovic (SPD) - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Wie viel darf es denn momentan sein?)

- Herr Kolb, wir haben da immer eine sehr klare Meinung.

Ich kann in Richtung der Regierungsfractionen nur sagen: Stellen Sie sich endlich ernsthaft dem Thema Mindestlohn; denn alle Menschen haben das Recht, für ihre Arbeit gerecht und fair entlohnt zu werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir begründen höhere Löhne aus der Perspektive der Beschäftigten. Sie müssen diese Begründung aber nicht teilen; Mindestlöhne und die konsequente Regulierung der Leiharbeit könnten auch mit Ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik begründet werden, auch mit der wettbewerbspolitischen Tradition der FDP; denn Dumpinglöhne führen zu einer Wettbewerbsverzerrung zulasten der tariftreuen Betriebe, die vom Markt verdrängt werden, wenn sie faire Löhne zahlen.

Sie haben sich auch den Subventionsabbau auf die Fahnen geschrieben. Mit Mindestlöhnen und allgemeinverbindlich erklärten Tariflöhnen über dem Niveau des Arbeitslosengeldes II wäre endlich Schluss mit der staatlichen Subventionierung beispielsweise bei der Leiharbeit.

(Beifall des Abg. Josip Juratovic (SPD))

Vor allem könnten Sie auch bei der Haushaltskonsolidierung punkten, weil höhere Löhne auch zu höheren Einnahmen führen, die Sozialversicherungen stabilisieren und die Sozialleistungen mindern. Alles zusammen würde Ihrer Programmatik voll und ganz entsprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Programmatik hin oder her: Schlussendlich geht es um Gerechtigkeit. Die Politik darf sich nicht einer alternativen Zwangsläufigkeit eines freien Marktes unterordnen. Die Gesellschaft und die Menschen sind nicht ausschließlich Teil der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Politik. In diesem Sinne möchte ich mit einem Zitat von Margot Käßmann enden:
Die Schwächsten sind der Maßstab für die Gerechtigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)